

Universität Potsdam  
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

Seminararbeit

Im Rahmen des  
Hauptseminars zur Wirtschaftspolitik  
Im SS 2003

Zum Thema

## **Warum Subventionen für den Steinkohlebergbau?**

Vorgelegt

Bei Herrn. Prof. Dr. Norbert Eickhof

Von cand.rer. pol. Thomas Gregarek

Matr. Nr.

22. 04. 2003

## **Inhaltsverzeichnis**

A. Einleitung.....	S. 1
B. Ursachen für das Steinkohleproblem.....	S. 1 - 2
C. Begrifflichkeit der Subvention.....	S. 2 - 3
D. Die Subventionen für den Steinkohlenbergbau.....	S. 3 - 7
I. Kohlenbeihilfen im Rahmen des EGKS- Vertrags.....	S. 3 - 4
1. Der EGKS- Vertrag.....	S. 4
II. Der Jahrhundertvertrag.....	S. 5
III. Der Hüttenvertrag.....	S. 5 - 6
IV. Subventionen nach Auslaufen des EGKS- Vertrags.....	S. 6 - 7
E. Die politische Begründung der Kohlenbeihilfen / Nachhaltige Energieversorgung.....	S. 7 - 12
I. Das Prinzip der Nachhaltigkeit.....	S. 7 - 8
II. Versorgungssicherheit.....	S. 8 - 10
III. Umweltverträglichkeit.....	S. 10 - 11
F. Argumente für die Abschaffung der staatlichen Beihilfe.....	S. 11 - 13
G. Fazit / Ausblick.....	S. 14 - 15
H. Literaturverzeichnis.....	S. 16 - 17

## **A. Einleitung**

Die öffentliche Diskussion über Subventionen, die Steinkohlensubventionen inbegriffen, haben in den letzten Jahren an Intensität zugenommen. Die Diskussion basiert oft auf Gefühlen, politischem Kalkül und Vorurteilen. Der Eindruck, nur die Steinkohle erhalte öffentliche Mittel ist falsch. Die Steinkohlenbeihilfen machen weniger als 3 % des gesamten Subventionsvolumens in Deutschland von rund 156 Mrd. Euro aus.<sup>1</sup> Angesichts leerer Kassen wird selbstverständlich auch über den Abbau von Subventionen nachgedacht. Die Diskussion über die Steinkohlensubventionen sind darauf zurückzuführen, dass der deutsche Kohlebergbau im freien Wettbewerb ohne den staatlichen Beihilfen keine Überlebenschance hätte. Aus diesem Grund wird der Bergbau seit Jahrzehnten massiv subventioniert. Die Subventionen gingen zwar in den letzten Jahren etwas zurück, betragen aber zur Zeit immer noch 3 Milliarden Euro pro Jahr.<sup>2</sup> Die nicht vorhandene Wettbewerbsfähigkeit ist auf die Kosten des Abbaus zurückzuführen. So kostet die heimische Steinkohle ungefähr 140 Euro pro Tonne, während ausländische Kohle mit gleicher Qualität für 40 Euro pro Tonne angeboten wird.<sup>3</sup>

In dieser Hausarbeit wird die Rechtfertigung der Subventionen im Steinkohlebergbau überprüft. Im ersten Schritt der Arbeit wird dem Leser ein Einblick in die Ursachen der Problematik des deutschen Steinkohlebergbaus gegeben. Im zweiten Abschnitt wird ein Einblick allgemeiner Art gegeben, das heisst, was sind Subventionen, bevor im darauffolgendem Kapitel die Subventionen des Bergbaus konkret dargestellt werden. Der letzte Teil der Arbeit widmet sich der Beurteilung und Bewertung der Subventionsmassnahmen.

## **B. Ursachen für das Steinkohleproblem**

Bei der Steinkohle handelt es sich um einen fossilen Brennstoff. Aufgrund des hohen Alters ist die Steinkohle meist tiefer vorzufinden als die Braunkohle, und muss folglich unter Tage abgebaut werden. Die Tiefen in denen die Steinkohle heutzutage gefördert wird, gehen auf bis zu 1200 m.<sup>4</sup> Der Abbau der deutschen

---

<sup>1</sup> Lage und Perspektive des deutschen Steinkohlebergbaus , in Glückauf 138 (2002) Nr.12 von Karl Starzacher

<sup>2</sup> [www.mehr-freiheit.de/faq/subvent.html](http://www.mehr-freiheit.de/faq/subvent.html)

<sup>3</sup> [www.mehr-freiheit.de/faq/subvent.html](http://www.mehr-freiheit.de/faq/subvent.html)

<sup>4</sup> [www.umweltfondsvergleich.oekoserve.net/fp/archiv/RUBwerkstoff-material-su...](http://www.umweltfondsvergleich.oekoserve.net/fp/archiv/RUBwerkstoff-material-su...)

Steinkohle ist im Vergleich zu der weltweiten Förderung aufwendig und teuer. Diese Tatsache ist darauf zurückzuführen, dass die deutsche Steinkohle in grossen Tiefen liegt und von einem nach Norden hin immer mächtiger werdenden Dachgebirge überlagert ist. (Mächtigkeit nördliches Ruhrgebiet: ca. 1000 m; Nordseeküste: ca. 5000 m<sup>5</sup>) Die nach Norden abfallenden Schichten des Karbons zwingen den Bergbau in immer grössere Tiefen. Im 18. Jahrhundert begann an der Ruhr der industrielle Bergbau. Zu dieser Zeit reichten die Flöze noch bis zur Erdoberfläche. 1970 wurde im Durchschnitt etwa 775 m unter der Erdoberfläche abgebaut. Heute liegen die meisten Flöze etwa 900 m tief.<sup>6</sup> Diese Bedingungen erfordern einen erheblichen technischen Aufwand, um den Bergleuten einen erträglichen und sicheren Arbeitsplatz zu schaffen, die mitunter eine Stunde und länger brauchen, um an die Arbeitsplätze zu kommen. Im Vergleich zu anderen steinkohlefördernden Ländern wie zum Beispiel Australien oder Südafrika, verursacht der Abbau der Steinkohle hohe Kosten aufgrund der in Deutschland existierenden hohen Lohnkosten.

### **C. Begrifflichkeit der Subvention**

Bei den Subventionen handelt es sich um Zuschüsse, die der Staat oder Einrichtungen der Europäischen Gemeinschaft im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik an Unternehmen für laufende Produktionszwecke gewähren, sei es zur Beeinflussung der Marktpreise oder zur Stützung von Produktion und Einkommen. Subventionen sind also Transferzahlungen des Staates an private oder öffentliche Unternehmungen. Die staatlichen Beihilfen sind entweder direkt oder indirekt. Während die direkten meist veröffentlicht werden, und daher relativ transparent eingesetzt werden können, ist die Grösse der indirekten sehr schwierig prognostizierbar.<sup>7</sup> Zu den Subventionen zählen auch die Zuschüsse an die Energiewirtschaft und an den Bergbau, wie zum Beispiel:

- Zahlungen zur Förderung des Steinkohleneinsatzes in der Elektrizitätswirtschaft
- Zahlungen zur Treibstoffverbilligung
- Zinsverbilligungszuschüsse an die Energiewirtschaft und den Bergbau

---

<sup>5</sup> [www.mehr-freiheit.de/faq/subvent.html](http://www.mehr-freiheit.de/faq/subvent.html)

<sup>6</sup> [www.umweltfondsvergleich.oekoserve.net/fp/archiv/RUBwerkstoff-material-su...](http://www.umweltfondsvergleich.oekoserve.net/fp/archiv/RUBwerkstoff-material-su...)

<sup>7</sup> Rene L. Frey, 25.11.2001

- Zahlungen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) an den Bergbau.<sup>8</sup>

## **D. Die Subventionen für den Steinkohlenbergbau**

### **I. Kohlenbeihilfen im Rahmen des EGKS- Vertrags**

Der am 23. Juli 2002 ausgelaufene EGKS- Vertrag sah zur Vermeidung, beziehungsweise zur Lösung von Marktstörungen ein umfassendes Berichts- und Informationssystem, eine Preisaufsicht und eine direkte Mengensteuerung vor.<sup>9</sup> Subventionen für den Steinkohlenbergbau waren strikt verboten. Bei dem Abschluss des Vertrags im Jahr 1951 konnte man sich nicht vorstellen, dass die Grundstoffindustrien Kohle und Stahl durch Importe aus Drittländern in die EU preislich unterboten werden könnten. Die Marktentwicklung hat eines besseren gelehrt. Im EGKS-Rahmen musste folglich, gemäss der Kompetenzergänzungsvorschrift des Artikels 95 für die unvorhergesehenen Fälle bei Kohle und Stahl, jeweils ein spezifischer Beihilfekodex mit einstimmiger Zustimmung des Rats erlassen werden.<sup>10</sup> Die Einstimmigkeit im Rat war notwendig, da dies immer mit einer Änderung des EGKS- Vertrags verbunden war. Dies geschah im Kohlen-sektor durch befristete Regelungen mit Prüf- und Genehmigungskriterien für die Vereinbarkeit der Beihilfen mit dem gemeinsamen Markt aufgestellt worden sind , seit 1965 in wiederholter Folge. Auf dieser Basis sind bis heute alle deutschen Steinkohlenbeihilfen von der EU- Kommission genehmigt worden. Die letzte EGKS- Ratentscheidung war im Jahr 1993 und war an die Laufzeit des EGKS- Vertrags gebunden. Anders der EG- Vertrag von 1957. Dieser sah nationale Beihilfen (neben den von der EG gezahlten Beihilfen) ausdrücklich vor. Laut Aussage der EU- Kommission war die EGKS-Beihilferegelung mit den Beihilfen des EG- Vertrags kompatibel.

---

<sup>8</sup> [www-zr.destatis.de/def/def1146.htm](http://www-zr.destatis.de/def/def1146.htm)

<sup>9</sup> Der europäische Rahmen für die Steinkohle nach Auslaufen des EGKS- Vertrags, in: Glückauf 138 (2002) Nr. 7/8, S. 380, von Dipl.- Volkswirt Wolfgang Reichel

<sup>10</sup> Der europäische Rahmen für die Steinkohle nach Auslaufen des EGKS- Vertrags, in: Glückauf 138 (2002) Nr. 7/8, S. 381, von Dipl.- Volkswirt Wolfgang Reichel

## 1. Der EGKS- Vertrag

Der Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) wurde am 18. April 1951 unterzeichnet und trat am 25. Juli 1952 in Kraft. Dieser Vertrag war befristet auf fünfzig Jahre.

Am 23. Juli 2002 haben die geschriebenen Regeln der als Wirtschaftsgemeinschaft der Schlüsselsektoren Kohle und Stahl gegründeten ersten Europäischen Gemeinschaft endgültig und fristgerecht ihre Geltung verloren.<sup>11</sup> Die Stahlindustrie und der Steinkohlenbergbau haben zu diesem Zeitpunkt ihren formalen europäischen Sonderstatus aufgegeben. Die Idee zur Bildung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, auch Montanunion genannt, geht auf den französischen Aussenminister Robert Schumann zurück. Dem Vertrag über die Bildung der EGKS schlossen sich die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien und die Beneluxstaaten an. Im Vordergrund standen die wirtschaftlichen Ziele des Wiederaufbaus bei der Unterzeichnung des Vertrags. Die Gründung der EGKS war lediglich eine erste Etappe auf dem Weg zu einer „Europäischen Föderation“. Sollte das Experiment des gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl gelingen, würde nichts im Wege stehen diese Art der Gemeinschaft auf weitere wirtschaftliche Bereiche auszudehnen, um schliesslich am Ende zu einer europäischen Gemeinschaft zusammenzuwachsen. Bis in die zweite Hälfte der 50er Jahre des letzten Jahrhunderts gab es in den Mitgliedstaaten der EGKS eine expandierende Nachfrage nach Koks und Kohle. Diese brach Ende der 50er Jahre durch das Vordringen billiger Importenergien aus Drittländern nach und nach ein. Um einen langfristigen Absatz der Steinkohle zu sichern wurden zwei Verträge ausgearbeitet. Dabei handelt es sich um den Jahrhundertvertrag und den Hüttenvertrag.

## II. Der Jahrhundertvertrag

Bei dem sogenannten Jahrhundertvertrag handelt es sich um ein Abkommen zwischen den Bergwerken und den Stromerzeugern Deutschlands, mit Hilfe dessen die Verwendung von heimischer Steinkohle zur Stromerzeugung in Kraftwerken gefördert werden sollte.<sup>12</sup> Durch die Massnahme zur Absatzsicherung der

---

<sup>11</sup> [wyssiwyg://10/http://www.europarl.en.int/factsheets/1\\_1\\_1\\_de.htm](http://www.europarl.en.int/factsheets/1_1_1_de.htm)

<sup>12</sup> [www.berge2002.oekoserve.net/fp/archiv/RUBsonstiges/Jahrhundertvertrag.shtml](http://www.berge2002.oekoserve.net/fp/archiv/RUBsonstiges/Jahrhundertvertrag.shtml)

deutschen Steinkohle wurden die Stromverbraucher mit einer Ausgleichsabgabe, dem sogenannten „Kohlepfennig“ belastet. Diese Verbraucherabgabe in Prozentanteilen der Stromrechnung ist in einen Fond eingeflossen. Der Kohlepfennig wurde gesetzlich für 1990 auf 8,25 % der Stromrechnung festgesetzt. Der Kohlepfennig betrug bei einem dreiköpfigen Haushalt mit 250 kWh Monatsverbrauch 4,95 DM im Monat. Allein diese Massnahme bedeutete eine Subventionierung der Steinkohle von über fünf Mrd. DM.<sup>13</sup> Im Jahr 1994 wurde der Kohlepfennig vom Bundesverfassungsgericht als Subvention für die deutsche Steinkohlenindustrie als verfassungswidrig befunden und durfte mit dem Ende des Jahrhundertvertrags Ende 1995 nicht mehr angewandt werden. Kraftwerksbetreiber, die bei ihrer Stromerzeugung auf die heimische Steinkohle zurückgreifen mussten, wurden durch das Aufkommen des Verstromungsfonds teil beziehungsweise ganz kompensiert. Das Aufkommen hatte sich von 2 Mrd. DM bei Beginn des Jahrhundertvertrags bis Anfang der 90er Jahre auf gut 5 Mrd. DM erhöht. Der nicht kompensierte „Selbstbehalt“ der heimische Steinkohle nutzenden Stromerzeuger erreichte dabei eine Größenordnung von 2,5 bis 3,5 Mrd. DM, und der Ausgleichsfond hat eine Verschuldungshöhe von fast 5 Mrd. DM akkumuliert.<sup>14</sup>

### **III. Der Hüttenvertrag**

Im Rahmen des Hüttenvertrags verpflichtete sich die deutsche Stahlindustrie im Jahr 1969 ihren Steinkohlenbedarf bis 1988 nur aus deutscher Produktion zu decken. Den Zechen wurde eine Abnahme von 20 Mio. Tonnen Kokskohle bis ins Jahr 2000 garantiert. Dieser Vertrag wurde mit Steuergeldern gefördert.

Die Kokskohlebeihilfe war eine Massnahme der Regierung, die die Aufgabe hatte die heimische Steinkohle für die Stahlwerke einsetzbar zu machen. Flankierend dazu wurden Kokskohlenimporte mit dem Zollkontingentgesetz von 1959 verboten, obwohl die Kokskohle in Importhäfen der restlichen EG- Länder , besonders in den ARA-Häfen (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) günstiger aus Drittweltländern zur Verfügung stand. Um eine konkurrenzfähige internationale deutsche Steinkohlenindustrie zu erhalten, wurde die Differenz zwischen dem durchschnittlichen Einfuhrpreis und dem Binnenpreis für Kokskohle durch eine

---

<sup>13</sup> [www.berge2002.oekoserve.net/fp/archiv/RUBsonstiges/Jahrhundertvertrag.shtml](http://www.berge2002.oekoserve.net/fp/archiv/RUBsonstiges/Jahrhundertvertrag.shtml)

Beihilfe ausgeglichen. Die Finanzierung der Subventionen wurde vom Bundeshaushalt und den Haushalten der Bundesländer mit einer Steinkohlenförderung (Nordrhein- Westfalen, Saarland) getragen, wobei der Bundeshaushalt 2/3 und die Steinkohlefördernden Bundesländer 1/3 der Summe übernahmen.<sup>15</sup>

#### **IV. Subventionen nach Auslaufen des EGKS- Vertrags**

Am 23. Juli 2002 endete der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl nach 50 jähriger Laufzeit. Mit dem Auslaufen des Vertrags endeten ebenfalls alle auf dem EGKS-Vertrag beruhenden Gemeinschaftsbestimmungen für den Kohlensektor. Somit unterliegt die Kohle ab diesem Zeitpunkt in ihrer Gesamtheit dem EG-Vertrag. Bei der notwendigen neuen Beihilferegulung ging es nicht um eine grundlegende Änderung des Gemeinschaftsrechts, sondern um die formale Ersetzung der speziellen Rechtsgrundlage (EGKS-V) durch die allgemeine(EG-V). Praktisch ist die neue staatliche Steinkohlenbeihilferegulung wie die bisherige gestaltet und läuft bis 2010. Die politische Einigung im Rat über eine neue für alle erträgliche Gemeinschaftsregelung der Beihilfen, ist in Form einer Ratsverordnung die die Rechtsgrundlage des Artikels §87 des EG- Vertrags erhält, und Perspektiven zunächst bis zum Jahr 2010 schafft.<sup>16</sup>In zwei Bereichen wurden spezielle Nachfolgeregelungen beschlossen. Es handelt sich um die Entwicklung eines Forschungsfonds, der aus dem Vermögen der EGKS die Zinserträge von 45 Mill. Euro/a im Verhältnis 3:1 für Stahl- und Kohleforschung erhält. Die zweite spezielle Nachfolgeregelung ist die Nachfolge des Beratenden Ausschusses in den Wirtschafts- und Sozial-Ausschuss (WSA).<sup>17</sup>

---

<sup>14</sup> Subventionen ohne Ende? Steinkohlenbergbau und Energieverbrauch in Deutschland, in Kieler Diskussionsbeiträge, März 1995, S.10 von Axel D. Neu

<sup>15</sup> Subventionen ohne Ende? Steinkohlenbergbau und Energieverbrauch in Deutschland, in Kieler Diskussionsbeiträge, März 1995, S.10 von Axel D. Neu

<sup>16</sup> Perspektiven für den Kohlenbergbau und die EU- Energiepolitik, in: Glückauf 138 (2002) Nr. 9, S.460 von Leopold Janssens

<sup>17</sup> Perspektiven für den Kohlenbergbau und die EU- Energiepolitik, in: Glückauf 138 (2002) Nr. 9, S.460 von Leopold Janssens

## **E. Die politische Begründung der Kohlenbeihilfen/Nachhaltige Energieversorgung**

### **I. Das Prinzip der Nachhaltigkeit**

Seit dem im Jahr 1992 auf der Rio- Konferenz entwickelten Leitbild der „Nachhaltigen Entwicklung“ und der Verabschiedung der Agenda 21, werden Ökonomie, Ökologie und soziale Entwicklung als gemeinsame und gleichrangige Komponenten eines globalen Nachhaltigkeitsystems angesehen.<sup>18</sup> Von enormer Bedeutung ist die Erkennung, dass Nachhaltigkeit nicht ausschliesslich ein Umweltthema ist, und sich somit nicht auf ökologische Fragen reduzieren kann. Vielmehr gilt es, das gesamtwirtschaftliche Spektrum wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungspotentiale zu nutzen und Nachhaltigkeit als übergreifendes Konzept zur Optimierung zu verstehen. Bezogen auf die Energiewirtschaft heisst dies, dass eine nachhaltige Energieversorgung auch für kommende Generationen zum einen die sichere Versorgung mit Energie gewährleisten muss, und zum anderen gesamtwirtschaftlich trag- und bezahlbar sein muss, und letztendlich muss sie in der Lage sein Umwelt- und insbesondere Klima- Schutzbelange zu berücksichtigen. Keines dieser Ziele darf und kann für sich genommen absolut gesetzt werden. Vielmehr gilt es in einem vernünftigen Energiemix einen darstellbaren Ausgleich zu realisieren. Die Steinkohle wird den Anforderungen der Nachhaltigkeit in allen Dimensionen gerecht. Ohne die Kohle, dem weltweit grössten Energieträger, ist eine nachhaltige Entwicklung nicht erreichbar, wenn man es mit der Versorgungssicherheit ernst nimmt. Bei all den wichtigen Aspekten muss man sich vor Augen führen, dass der europäische Steinkohlenbergbau, darunter auch der deutsche, aufgrund seiner geologischen Bedingungen kaum Aussicht auf internationale Wettbewerbsfähigkeit hat, und darum bereits seit Jahren einem tiefgreifenden Umstrukturierungsprozess unterworfen ist. Diese Herausforderung kann der heimische Steinkohlenbergbau nur mit öffentlicher Unterstützung bewältigen. Der Steinkohlenbergbau ist auch nach dem Auslaufen des EGKS- Vertrags am 23. Juli 2002 auf staatliche Beihilfen und entsprechende Gemeinschaftsregelungen angewiesen.

---

<sup>18</sup> Die Steinkohle im „Forum Nachhaltige Entwicklung“, in: Glückauf 137 (2001) Nr. 6 , S.346 , von Karl Starzacher

## II. Versorgungssicherheit

Die Importabhängigkeit der Energieversorgung in Europa wird weiter steigen. Die Europäische Kommission prognostizierte anhand aktueller Vorausschätzungen einen Anstieg der Importabhängigkeit der EU 15 im Primärenergiesektor von heute 50% auf über 70% bis zum Jahr 2030.<sup>19</sup> Diese Prognose stammt aus dem Ende November 2000 von der EU-Kommission erschienen Grünbuch über eine europäische Strategie zur Energieversorgungssicherheit („Towards a European strategy for the security of energy supply“). Das Greenpaper beschäftigt sich mit der risikobehafteten Importabhängigkeit von Drittweltländern und versucht die Grundzüge einer gemeinschaftlichen Strategie aufzuzeigen mit der sich die Komponente Energieversorgungssicherheit, Wirtschaftswachstum, Liberalisierung der Märkte sowie der Umweltschutz und die Klimavorsorge auch zukünftig miteinander vereinbaren lassen. In einer presumtiven EU der 30 wird die Importabhängigkeit bis zum Jahr 2030 auf rund 60% steigen.<sup>20</sup> Während heute etwa die Hälfte der Weltbevölkerung von Energieimporten abhängig ist, werden es im Jahr 2020 gut 80% sein.<sup>21</sup> Aus diesem Grund wird die Kohle weltweit und auch in Deutschland weiterhin einen unverzichtbaren Beitrag zur Sicherung der Energieversorgung leisten. Experten gehen davon aus, dass die relativ rohstoffarme Volkswirtschaft Deutschlands im Jahr 2020 zu rund 75 % von Energieimporten abhängig sein wird.<sup>22</sup> Daher kann man nicht auf die einzig, abgesehen von der Braunkohle, nennenswerte nationale Ressource, die Steinkohle verzichten. All diese Prognosen machen die heutige und zukünftige Abhängigkeit der EU von Drittlandsimporten deutlich. Darüber hinaus ist die europäische Wirtschaft weiter im hohen Masse vom Öl abhängig, was besonders hohe Preis- und Lieferrisiken impliziert. Der wachsende, aber ebenfalls nur durch zusätzliche Importe zu deckende Erdgasanteil führt zu ähnlichen Versorgungsrisiken. In diesem Punkt gerät Europa in eine neue Abhängigkeit. Diese Abhängigkeiten von externen Energiequellen sind

---

<sup>19</sup> Grünbuch der Eu-Kommission zur Energieversorgungssicherheit: Zugang zu den Steinkohlereserven langfristig erhalten, in: Glückauf 137 (2001), Nr:1/2, S.40, von Dipl.-Volksw. Wolfgang Reichel

<sup>20</sup> Grünbuch der Eu-Kommission zur Energieversorgungssicherheit: Zugang zu den Steinkohlereserven langfristig erhalten, in: Glückauf 137 (2001), Nr:1/2, S.40, von Dipl.-Volksw. Wolfgang Reichel

<sup>21</sup> Nachhaltigkeit der Energieversorgung und regionale Verantwortung, in: Glückauf 138 (2002), Nr:1/2, S.49, von Dipl.-Ing. Bernd Tönjes

<sup>22</sup> Nachhaltigkeit der Energieversorgung und regionale Verantwortung, in: Glückauf 138 (2002), Nr:1/2, S.49, von Dipl.-Ing. Bernd Tönjes

alarmierend und stellen eine strukturelle Schwäche des europäischen Energiesektors dar. Ebenfalls die EU- Erweiterung wird nichts daran ändern. Vor diesem Hintergrund hat die Europäische Kommission Ende November 2002 das seit längerer Zeit geplante, auf das schon näher eingegangen worden ist, Grünbuch zur Energieversorgungssicherheit in der EU verabschiedet. Ohne der Kohle wäre ein ausgewogener, zukunftssicherer Energiemix gar nicht zu erreichen, erst recht nicht in der erweiterten EU. Denn durch den Ausbau erneuerbarer Energien können die Risiken, die durch die hohe Abhängigkeit von Importen entstehen, nicht ausgeglichen werden. Der hohe Stellenwert der Kohle wird auch deutlich sichtbar, schaut man sich die alternativen Energiequellen an. Der Beitrag der Kernenergie geht in mehreren Mitgliedstaaten politisch gewollt immer weiter zurück, die eigenen Öl- und Gasreserven Europas schwinden. Die Vollendung des Energiebinnenmarktes oder die Stärkung der transeuropäischen Energiemärkte schaffen keine neuen Vorräte. Die Pflege guter Beziehungen mit den externen Produzentenländern, wie etwa Russland, so sinnvoll und bedeutsam sie auch ist, kann die Lieferrisiken nur bedingt begrenzen, keineswegs ganz ausschalten und schafft keine neuen Optionen. Die Konkurrenz um das „strategische Gut“ Energie wird wachsen, zumal viele westliche Industriestaaten in den letzten Jahren ihre eigenen Ressourcen preisgegeben haben, und ihre Versorgungsstrategie auf den vorratsmässig knappsten Energieträger Erdgas ausgerichtet haben. Zur Deckung des wachsenden Energiebedarfs wird die Kohle auch künftig einen wichtigen Beitrag leisten müssen. Dies gilt besonders in der Stromerzeugung, wo die Kohle mit einem Anteil von 38% auch künftig der Energieträger Nr. 1 bleibt.<sup>23</sup>

Die Energiewirtschaft fügt sich in das Konzept der Nachhaltigkeit ein, wobei dieses in der Energieversorgung nicht zum Nulltarif zu bekommen ist. Der Beitrag der heimischen Steinkohle zu einer sicheren Energieversorgung bedarf der politischen Unterstützung und erfordert öffentliche Hilfen, die sich aber gesamtwirtschaftlich gesehen rechnen. Die Alternative wäre, bei Verlust der eigenen Ressourcen und Kompetenzen, eine weiter zunehmende Aussenabhängigkeit der Energie- und Stromversorgung, die teuer zu stehen bekommen könnte. Führt man sich vor Augen, dass die Mehraufwendungen für Energieeinfuhren allein wegen des Preisanstiegs bei den Ölimporten rund 35 Mrd. DM betragen, so wird deut-

---

<sup>23</sup> Perspektiven für den Kohlebergbau und die EU- Energiepolitik, in: Glückauf 138 (2002), Nr: 9; S.456, von

lich, welche wirtschaftliche Risiken mit einer hohen Energieabhängigkeit verbunden sind.<sup>24</sup>

### III. Umweltverträglichkeit

Der Aspekt der Umweltverträglichkeit von Energieträgern hat in der internationalen Diskussion zum Thema Energie mit der Zeit immer mehr an Wichtigkeit gewonnen.

Feste Brennstoffe werden gegenwärtig in der EU in technologisch anspruchsvollen, hocheffizienten aber auch gleichzeitig sauberen Kraftwerken eingesetzt. Steinkohlenkraftwerke die sich gegenwärtig in Planung befinden haben einen Wirkungsgrad von etwa 45%. Vergleicht man den Wirkungsgrad mit demjenigen in vielen Teilen der Erde so sieht man, dass der Wirkungsgrad der Kohlenverstromung um 15% niedriger ist. Mittel- bis langfristig wird eine Wirkungssteigerung auf bis zu 60% prognostiziert. Die höhere Effizienz, ausgerufen durch die Steigerung des Wirkungsgrades, hat erhebliche Auswirkungen auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Würde in den weltweit bestehenden Kraftwerken mit einem durchschnittlichen Wirkungsgrad von 30% entsprechend einem Brennstoffeinsatz von 400g / kWh, der heutige Stand der Technik verwirklicht, würde die Möglichkeit bestehen ein Drittel der weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen aus Kohlenkraftwerken, beziehungsweise 7,5 % der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen zu vermeiden.<sup>25</sup>

Die unter dem Schlagwort bekannten „Clean Coal“-Technologien und Forschungsarbeiten, deren Ziel ein CO<sub>2</sub>-freies Kohlenkraftwerk ist, sind zu einem gravierenden Element der globalen Strategie zur Klimavorsorge geworden. Dies bezieht sich nicht nur auf die EU, sondern gleichermassen, wenn nicht noch stärker, auf die im Vergleich zur EU weniger entwickelten Länder. Die Prognosen gehen dahin, dass bereits im Jahr 2010 mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen auf diese Länder entfallen werden als auf die westlichen Länder.<sup>26</sup>

Aus diesem Grund wird es entscheidend darauf ankommen, dass die Wirtschaft sowie auch die Politik der Industrieländer eine technologische Modernisierungs-

---

Leopold Janssens

<sup>24</sup> Nachhaltigkeit der Energieversorgung und regionale Verantwortung, in: Glückauf 138 (2002), Nr: ½, S.49, von Dipl.- Ing. Bernd Tönjes

<sup>25</sup> Perspektiven für den Kohlenbergbau und die EU- Energiepolitik, in: Glückauf 138 (2002), Nr: 9; S.458, von Leopold Janssens

<sup>26</sup> Nachhaltige Energieversorgung, in: Glückauf 137 (2001), Nr:5, S.278, von Karl Starzacher

offensive starten und somit dazu beitragen, den weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu vermindern. Die Aufgabe der Politik ist und wird es sein diesen Technologietransfer zu unterstützen, und zwar auch mittels staatlicher Beihilfen in Form von Subventionen.

Das Auslaufen der Kohlensubventionen bis zum Jahr 2010 aus Klimaschutzgründen ist nicht gerechtfertigt, denn an der weltweiten CO<sub>2</sub>-Bilanz, an der die deutsche Steinkohle ohnehin nur einen geringen und seit Jahren schwindenden Anteil hat, würde sich nichts ändern. Selbst am CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland hat die deutsche Kohle nur noch einen Anteil von 8%.<sup>27</sup> Dieser Anteil ist bei weitem geringer als die Anteile von Mineralöl beziehungsweise Erdgas. Mit dem Wegfall der staatlichen Beihilfen würde an die Stelle der heimischen Steinkohle vor allem die Importkohle treten, welche keine geringeren CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Tonne bei der gleichen Nutzungstechnologie hat. Hinzu kommt, dass die importierte Steinkohle bei der Lieferung zusätzlichen Transportaufwand und den damit zusammenhängenden Treibstoff erfordert.

Deutschland kommt eine besondere Verantwortung zu, im Hinblick auf die ehrgeizigen Ziele im Umwelt- und Klimaschutz. Es wäre ökologisch unverantwortlich auf die Technologieführerschaft in der Bergbau- Energie- und Umwelttechnik zu verzichten. Diese Technik ist in der Lage und wird es auch in der Zukunft sein, die Wirkungsgrade der Energienutzung weltweit zu verbessern.

Folglich kann man es sich nicht leisten, unter dem ökologischem Gesichtspunkt, auf die heimische Steinkohle, die aber der staatlichen Beihilfen bedarf, zu verzichten und stattdessen auf die Weltmarktkohle zu setzen, oder den heimisch erzeugten Strom aus wenig effizienten und schlecht gefilterten Kraftwerken im Ausland zu ersetzen.

## **F. Argumente für die Abschaffung der Steinkohlensubventionen**

Die andere Seite der Medaille ist die Argumentation, dass die Steinkohlensubventionierung unzweckmässig ist. Dieses Argument basiert auf folgenden Überlegungen beziehungsweise Tatsachen. Der Steinkohlenbergbau ist gesamtwirtschaftlich und regional weiterhin ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Er sichert direkt 85.000 Arbeitsplätze zudem gut 110.000 im wirtschaftlichen Umfeld.<sup>28</sup>

<sup>27</sup> Nachhaltige Energieversorgung, in: Glückauf 137 (2001), Nr:5, S.230, von Karl Starzacher

<sup>28</sup> [www.mehr-freiheit.de/faq/subvent.html](http://www.mehr-freiheit.de/faq/subvent.html)

In den Bergbauregionen ist jeder sechste Industriearbeiter im Steinkohlenbergbau tätig. Nun könnte man sich vorstellen wie es wäre, wenn man alle Beschäftigten im Bergbau mit vollem Entgelt in den Ruhestand schicken würde. Die Frage die sich hier stellt ist, ob man dabei günstiger fahren würde, als wenn man die Beschäftigten weiterhin fördert. Zur Zeit werden die Lohnkosten und Sachkosten des Steinkohlebergbaus aus den Einnahmen aus dem Kohlenverkauf und der Subventionierung gedeckt. Ein Beschäftigter im Steinkohlebergbau hat im Jahr 1995 ungefähr 5.000 DM monatlich verdient. Dies bedeutet, dass der Beschäftigte im Jahr 60.000 DM erhalten hat. Die Summe aller Bergleute belief sich im Jahr 1995 folglich auf 6 Mrd. DM (bei um die 100.000 Beschäftigten). Allein die durch den damals noch verfassungsmässigen Kohlepfennig finanzierten Subventionen beliefen sich auf 7,5 Mrd. Das würde bedeuten, wenn man alle im Bergbau Beschäftigten mit vollem Entgelt in Frührente geschickt hätte, wären vom Kohlepfennig noch 1,5 Mrd. DM übriggeblieben, die der Bürger als Steuerzahler nicht mehr hätte aufbringen müssen.<sup>29</sup>

Es ist unumstritten, dass die Steinkohlensubventionen Arbeitsplätze erhalten. Es stellt sich allerdings die Frage, ob der Preis der dafür bezahlt wird gerechtfertigt ist. Man kann sich in einem Gedankenexperiment vorstellen, dass in der Landwirtschaft der Einsatz von Mähdreschern verboten wird und die Ernte ab sofort wieder mit Sense und Dreschflegel einzubringen wäre. Durch die Massnahme würden schlagartig zahlreiche neue Arbeitsplätze entstehen, allerdings wäre die Produktivität der Arbeitskräfte auf den neu geschaffenen Arbeitsplätzen viel geringer als bei alternativen Arbeitsplätzen. Diese Tatsache würde zu einer Senkung der Löhne führen, die eine Minderung des Bruttoinlandprodukts und des Volkseinkommen bedeuten würde. Das Ergebnis dieser äusserst extremen Überlegung ist, dass ein künstlicher Erhalt von unproduktiven Arbeitsplätzen mittels Subventionen, anderswo produktive Arbeitsplätze verhindert beziehungsweise vernichtet. Diese Tatsache führt zu der Überlegung, ob es gerechtfertigt ist, die Arbeitsplätze über viele Jahre mit einem dreistelligen Milliardenbetrag zu erhalten, während andere Arbeitnehmer diese staatliche Fürsorge erhalten bleibt. Die Umweltbelastungen durch die Steinkohlennutzung stellen ebenfalls eine unstrittene Problematik dar. Die Umweltbelastungen treten zusätzlich bei dem Abbau ein. Im Ruhrgebiet, in dem 80% der deutschen Steinkohle gefördert wird,

---

<sup>29</sup> [www.mehr-freiheit.de/faq/subvent.html](http://www.mehr-freiheit.de/faq/subvent.html)

führt die Aushöhlung der Erde zu großflächigen Bodenabsenkungen um bis zu 20 m.<sup>30</sup> Die Absenkungen treten in verstärkter Masse unter bebautem Gebiet auf und führen zu Gebäudeschäden. In Gebieten mit hohem Grundwasserspiegel führen die Absenkungen zur Verpolderung. Da kein natürlicher Wasserabfluss mehr stattfindet, muss das Grundwasser, um ein Versumpfen zu verhindern, abgepumpt werden, oder in künstlich geschaffenen, tief liegenden Vorflutern beziehungsweise Abwasserkanälen abgeführt werden. Beide Massnahmen führen zur Entziehung des Grundwassers bei der Trinkwasserversorgung. Das aus den Gruben abgepumpte Grundwasser wird in den Ruhrgebietsfluss Lippe eingeleitet, was den Fluss zu einer ungeeigneten Trinkwasserversorgung macht.

Strittig ist man ebenfalls bei der Argumentation der Sicherung der Versorgung zur Rechtfertigung der Subventionsgewährung. Unumstritten ist, dass bei einer temporären Lieferunterbrechung die Abhängigkeit von Einfuhrenergien zur Verwundbarkeit führen würde. Dass es sich hierbei um kein unmögliches Szenario handelt, zeigt die Vergangenheit mit Ereignissen wie dem Sues-Krieg, dem Umsturz im Iran oder auch dem Ölembargo der OPEC-Staaten. Man ist sich einig darüber, dass gegen das Eintreten eines solchen Szenarios Massnahmen getroffen werden müssen. Die Frage die hier erlaubt werden muss ist, ob man auf die künstliche Aufrechterhaltung des heimischen Steinkohlebergbaus setzt, oder alternativ dazu, sich für strategische Vorratsreserven entscheidet.

Bei der Annahme des ungünstigsten Falls, einer langwährenden Totalblockade Deutschlands, würde die Wirtschaft lange vor der Erschöpfung der bereits Geförderten Kohlevorräte zusammenbrechen, denn die Abhängigkeit vom Erdöl ist weitaus grösser als von der Steinkohle. Man muss sich vor Augen führen, dass es erhebliche Unterschiede bei den mit den zwei Alternativen verbundenen Kosten gibt. Eine heimisch geförderte Tonne Steinkohle musste Anfang der Achtziger mit ungefähr 200 DM bezuschusst werden, während bei der Lagerhaltung sich die Kosten auf 10 bis 15 DM pro Tonne beliefen. Es wird deutlich, dass dies nur einen Bruchteil der Produktionskosten darstellt.<sup>31</sup>

---

<sup>30</sup> Subventionen ohne Ende? Steinkohlebergbau und der Energieverbrauch in Deutschland, in Kieler Diskussionsbeiträge, März 95, S.10, von Axel D. Neu

<sup>31</sup> Subventionen ohne Ende? Steinkohlebergbau und Energieverbrauch in Deutschland, in: Kieler Diskussionsbeiträge, März 1995, S.14, von Axel D. Neu

## G. Fazit / Ausblick

Bei dem Problem der deutschen Steinkohle ist es äusserst schwierig eine Lösung zu finden. Es gibt zwei Aussichten die man vertreten kann. Zum einen kann man das Problem des deutschen Steinkohlebergbaus aus der ökonomischen Sicht betrachten. Bei diesem Standpunkt ist das Denken rein ökonomischer Natur, mit dem Ziel die hohen Kosten zu vermeiden, die durch die Kohlensubventionierungen entstehen. Zum anderen kann man das Problem aus der nationalen aber auch der sozialen Sicht betrachten, wobei man den deutschen Steinkohlebergbau als einen wichtigen Energieträger betrachtet. Darüber hinaus möchte man die grosse Anzahl von Arbeitsplätzen sichern. Unabhängig davon, ob man den nationalen und sozialen, oder den ökonomischen Standpunkt vertritt, ist man sich einig, dass auf einen heimischen Sockel heimischer Steinkohle und ihren Beitrag zu einem ausgewogenem Energiemix nicht verzichtet werden kann.

Die Steinkohlenfrage in Deutschland polarisiert sehr stark und ist sehr emotional belegt. Über 80% der deutschen Bevölkerung ist sich darüber im Klaren, dass die deutsche Steinkohle subventioniert wird, und 71 % sind dafür, dass dies auch weiterhin geschieht. Es gibt allerdings auch 27 % die grundsätzlich dagegen sind, und nur 2% haben keine Meinung zu diesem Thema. Zugleich wissen heute über 80% der Bevölkerung, dass in dem deutschen Steinkohlenbergbau moderne Technik eingesetzt wird.

Während eine relativ breite Mehrheit in der Steinkohle einen bedeutenden Arbeitgeber sowie einen Garanten für die Sicherheit der deutschen Energieversorgung sieht, glauben gleichzeitig nur 36 %, dass die Energiewirtschaft, einschließlich der Kohlenkraftwerke, die Hauptverursacher für die Klimagasemissionen in Deutschland sind.<sup>32</sup>

Zum Schluss ist es noch wichtig zu erwähnen, dass beim Studieren der vorhandenen Quellen die verschiedenen Positionen, beziehungsweise Ansichten, welche vertreten werden, deutlich geworden sind. Je nach den individuellen Interessen sind unterschiedliche Auslegungen der gleichen Sachverhalte aufgefallen. Wie in jeder Industrie, so auch in dem deutschen Steinkohlenbergbau sind verschiedene

---

<sup>32</sup> Perspektiven der deutschen Kohle in der EU, in: Glückauf 138 (2002), Nr: 11, S.539, von Dipl.- Volksw. Wolfgang Reichel

Lobbies vertreten, die auch selbstverständlich ihre individuellen Interessen unterschiedlich vertreten. Daher sind die vorhandenen Quellen mit einer gewissen Sorgfalt zu behandeln, um den nötigen Grad an Objektivität zu wahren.

## H. Literaturverzeichnis

- Das World Wide Web
- Dipl.- Volksw. Reichel, W. (2002): Perspektiven der deutschen Kohle in der EU, in: Glückauf 138
- Dr. Müller, W. (2001): Günstige Perspektiven für die Kohlepolitik, in: Glückauf 137, Nr:12
- Starzacher, K.(2001): Nachhaltige Energieversorgung, in: Glückauf 137, Nr: 5
- Dipl.- Volks. Reichel, W. (2001): GVSt- Stellungnahme zum EU- Grünbuch Energieversorgungssicherheit, in: Glückauf 137, Nr:9
- Dipl.- Volksw. Reichel, W. (2000): Eine neue Beihilferegelung für die Steinkohle nach dem Jahr 2002 auf der Basis des EG- Vertrags, in Glückauf 136, Nr:7/8
- Janssens, L. (2002): Perspektiven für den Kohlenbergbau und Die EU-Energiepolitik, in: Glückauf 138, Nr: 9
- Starzacher, K. (2001): Nachhaltige Kohlepolitik in einer veränderten Welt, in Glückauf 137, Nr: 12
- Starzacher, K. (2001): Die Steinkohle im „Forum Nachhaltige Entwicklung“, in Glückauf 137, Nr: 6
- Dr. rer. oec. Van de Loo, K. (2002): Energie- und Kohlepolitische Perspektiven für Deutschland, in Glückauf 138, Nr: 7/8
- Starzacher, K. (2002): Lage und Perspektiven des deutschen Steinkohlenbergbaus, in Glückauf 138, Nr: 12

- Dipl.- Volksw. Reichel, W. (2001): Grünbuch der EU- Kommission zur Energieversorgungssicherheit. Zugang zu den Steinkohlereserven langfristig erhalten, in: Glückauf 137, Nr: 172
- Dipl.- Volksw. Reichel, W. (2002): Der europäische Rahmen für die Steinkohle nach Auslaufen des EGKS- Vertrags, in Glückauf 138, Nr:7/8
- Dipl.- Ing. Tönjes, B. (2002): Nachhaltigkeit der Energieversorgung und regionale Verantwortung, in: Glückauf 138, Nr: ½
- Neu, D. A. (1995): Subventionen ohne Ende? Steinkohlebergbau und Energieverbrauch in Deutschland, in Kieler Diskussionsbeiträge (Kiel Discussion Papers)

## **Eidesstattliche Erklärung**

Ich erkläre an Eides statt, dass ich die beiliegende Seminararbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen nicht benutzt und die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Die Seminararbeit hat keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegen.

Potsdam, den 22.04.2003